

NIEDERSCHRIFT GuK/0008/2017

über die Sitzung des **Ausschusses für Generationen und Kultur** am 16.03.2017
im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Marco Lennertz
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Winfried Heymanns
Herr Dr. Rolf Sommer

Vertretung für Frau
Margarete Köhler
bis zu TOP 6. ö. S.

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Michaela Hartstock
Frau Irmgard Ueding
Frau Petra Beil
Herr Patrick Dieker
Herr Udo Wirth

Vertretung für Herrn
Stefan Holtkamp

Vertretung für Frau
Bernadette Branse

Gäste:

Frau Petra Cassens
Frau Ulla Ewelt
Herr Idelmann

zu TOP 1. ö. S.
zu TOP 3. ö. S.
zu TOP 3. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Hubertus Messing
Herr Martin Struffert
Frau Birgitt Nachbar
Frau Birgit Freickmann

zu TOP 1. ö. S.

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Frau Bosse stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Anregung gem. § 24 GO NW vom 17.11.2017** **hier: Vermeidung des Erwerbes von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit**

Frau Petra Cassens als Sprecherin der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt“ erläutert und begründet die Anregung mittels Power-Point-Präsentation. Diese ist als **Anlage 1** dieser Niederschrift (nur im Ratsinformationssystem) beigefügt.

Herr Messing führt auf Nachfrage aus, dass das Thema für die Verwaltung Neuland ist und man noch nicht weiter eingestiegen sei. In erster Linie gehe es der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt“ wohl um einen Grundsatzbeschluss, wonach die Stadt Billerbeck die in der Anregung aufgezählten Grundsätze einhält.

Herr Dr. Sommer begrüßt die Anregung. Die Grünen würden sich sehr freuen, wenn Billerbeck den in der Anregung beschriebenen Weg gehen würde.

Frau Mollenhauer begrüßt und unterstützt die Resolution ebenfalls. Im Hinblick auf die in der Anregung genannte „ausbeuterische Kinderarbeit“ sei es ihr aber wichtig darauf hinzuweisen, dass es sehr viele arme Kinder in der Welt gebe, die auf Arbeit angewiesen seien, um leben zu können. Diese Unterscheidung sei wichtig.

Man müsse sich fragen, was Ausbeutung ist und was nicht und warum die Frauen arm seien, so Frau Beil. Oftmals müssten Mütter arbeiten und bekämen hierfür so wenig Lohn, dass dieser zum Leben nicht reicht. Auch dieser Aspekt müsste berücksichtigt werden. Die Anregung unterstütze sie.

Herr Heymanns erklärt, dass die SPD den Antrag von Frau Cassens unterstütze. Sie würden sich freuen, wenn alle Billerbecker künftig überlegen was sie kaufen und wo sie kaufen. Den Anfang habe die Verwaltung bereits gemacht, indem sie fair gehandelten Kaffee einkaufe und verwende. Aber es sei sicherlich nicht einfach, viele Menschen zu überzeugen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Bei der Stadt Billerbeck werden im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen künftig Produkte bevorzugt, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Dies ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachzuweisen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Verbesserung der Barrierefreiheit für Hörgeschädigte in städt. Gebäuden

Frau Michaela Hartstock berichtet im Rahmen einer Präsentation (**Anlage 2** im Ratsinformationssystem) über das Thema Barrierefreiheit für Hörgeschädigte. Abschließend stellt sie heraus, dass die barrierefreie Kommunikation in Billerbeck Standard werden sollte. Dazu sollte eine mobile Kommunikationsanlage (FM-Anlage), die für alle Bürger zugänglich ist, angeschafft werden. Außerdem sollte bei öffentlichen Veranstaltungen ein Gebärdendolmetscher anwesend sein.

Herr Messing führt aus, dass es Ziel sei, sukzessive den Ratssaal inkl. Trauzimmer, die Aula der Gemeinschaftsschule und den Kultursaal in der Lawi mit sogenannten Induktionsschleifen und entsprechenden Symbolen, die darauf hinweisen, auszustatten. Der Kreis Coesfeld verfüge über zwei FM-Anlagen, die ausgeliehen werden können. Problem sei allerdings, dass man nicht immer wisse, wer an welcher Veranstaltung teilnehme und außerdem immer ein Mikrofon rundgegeben werden müsse. Derzeit werde die Sanierung und der Ausbau der Aula geplant, wobei Kosten für den Einbau einer Induktionsschleife in Höhe von rd. 5.000,-- € berücksichtigt wurden.

Im Rathaussaal solle noch in diesem Jahr die Decke erneuert und gleichzeitig eine Induktionsschleife installiert werden. Der Kultursaal in der Lawi müsste zu gegebener Zeit ebenfalls nachgerüstet werden.

Wenn Veranstaltungen in anderen Gebäuden stattfinden, müssten die Veranstalter auf die Möglichkeit der Ausleihe der beim Kreis vorhandenen FM-Anlagen hingewiesen werden.

Mit Frau Hartstock habe man sich darauf verständigt, dass für die Sitzungen die Pens praktikabler sind, weil bei der FM-Anlage immer ein Mikrofon herum gereicht werden müsse. Aus diesem Grund seien zwei Pens angeschafft worden.

Frau Hartstock macht deutlich, dass ihre beiden privaten Pens und die zusätzlich von der Verwaltung angeschafften Pens nur ihrer Kommunikation dienen. In den Sitzungen säßen aber auch andere Bürger, die nichts oder nur wenig verstünden. Sie könne nicht nachvollziehen und es sei sehr frustrierend, dass verwaltungsseitig so eine Hürde aufgebaut und keine FM-Anlage angeschafft werde. Wie wolle man denn bei Veranstaltungen vorgehen, wenn noch keine Induktionsschleifen verlegt sind. Das sei für sie nicht akzeptabel. Ihr Wunsch sei es, dass auch anderen hörgeschädigten Menschen geholfen wird.

Frau Dirks räumt ein, dass man sich bislang mit der Barrierefreiheit für Hörgeschädigte nur wenig auseinandergesetzt habe. Herr Messing habe aber ausgeführt, welche Maßnahmen zukünftig umgesetzt werden sollen. Die Räume sollen so ausgestattet werden, dass sich niemand mehr outen müsse, wenn er bzgl. des Hörens beeinträchtigt sei. Alles andere, wie die Hinzuziehung von Pens oder der FM-Anlage sei aus ihrer Sicht nur eine Übergangslösung. Die von Frau Hartstock angesprochenen Gebärdendolmetscher würden in vielen anderen Ländern bei jeder Veranstal-

tung hinzugezogen. Ihres Wissens plane die Freilichtbühne bei einer ihrer Vorstellungen zum ersten Mal einen Gebärdendolmetscher einzusetzen. Dort werde man sich informieren. Sie verstehe den Unmut von Frau Hartstock, bitte aber um Verständnis, dass die Umsetzung etwas länger dauere. Selbstverständlich müsse man in Billerbeck erreichen, dass sich für Menschen mit Beeinträchtigungen beim Hören etwas tue. Herr Messing ergänzt, dass die Mittel für eine Induktionsschleife im Saal und Trauzimmer in den Haushaltsplan eingestellt wurden.

Von Frau Bosse nach der zeitlichen Umsetzung befragt, teilt Frau Dirks mit, dass bzgl. des Ratssaales noch Brandschutzfragen und bzgl. der Aula die Förderung geklärt werden müsse. Die Lawi würde folgen.

Herr Heymanns wirft die Frage auf, warum man sich die Anschaffung der Pens nicht gespart habe und die Kosten für die endgültige Lösung vorgesehen habe. Beim Neujahrsempfang habe die Mikrofonanlage nicht funktioniert. Obwohl viele ältere Menschen mit Hörproblemen anwesend waren, habe man auch nicht auf die FM-Anlage des Kreises zurückgegriffen.

Herr Messing erläutert, dass Frau Hartstock zwei Pens besitze und die Stadt nun zwei Pens zum Preis von rd. 1.800,-- € angeschafft habe, damit Frau Hartstock in den Sitzungen kommunizieren könne, ohne ihre privaten Pens einsetzen zu müssen. Der Kauf einer FM-Anlage würde mit rd. 5.000,-- € zu Buche schlagen, wobei bei Bedarf eine FM-Anlage vom Kreis ausgeliehen werden könne. Abschließende und weitergehende Zielsetzung sei aber der Einbau einer Induktionsschleife im Ratssaal bis zum Jahresende.

Problem sei offenbar, so Frau Mollenhauer, dass bisher bei der Schaffung der Barrierefreiheit zuallererst an mobilitätseingeschränkte Personen gedacht wurde. Daneben gebe es aber viele andere, wie z. B. Personen mit Beeinträchtigungen beim Hören oder Sehen. Nach ihrer Meinung sollte beschlossen werden, dass speziell für höreingeschränkte Personen möglichst zügig Maßnahmen umgesetzt werden.

Herr Dr. Sommer stellt fest, dass er sich hinsichtlich der technischen Beurteilung der Qualität derzeit überfordert fühle. Gehört habe er die Kritik einer sachkundigen Dame, über die weder diskutiert wurde noch wurde sie ausgeräumt. Es liege ein Vorschlag vor, der nicht negiert sei.

Herr Messing erläutert daraufhin noch einmal, dass es sich bei einer FM-Anlage um einen Koffer mit einem Mikrofon und einem Verstärker handle, der über Funkwellen an den Empfänger der Schwerhörigen übertrage. Geplant sei aber ein weitergehender Schritt, nämlich den Ton über fest eingebaute Induktionsschleifen an das Hörgerät des jeweiligen Trägers zu übertragen, ohne dass dieser sich identifizieren oder sich ein Gerät um den Hals hängen müsse. Bis dieser Status erreicht sei, könne der Koffer des Kreises Coesfeld ausgeliehen werden. Der Kreis Coesfeld sei ebenfalls mit einer FM-Anlage gestartet und habe inzwischen Induktionsschleifen installiert.

Frau Hartstock verweist auf eine Broschüre des Deutschen Schwerhörigenbundes e.V. (DSB) zum Thema „Veranstaltungen planen“. Darin werde vorgeschlagen, verschiedene Sachen vorzuhalten. Man könne z. B. in einem Foyer keine Induktionsschleife verlegen. Sie könne es überhaupt nicht verstehen, warum man keine FM-Anlage anschaffe, die überall eingesetzt werden könne.

Frau Beil schlägt vor, Angebote für eine FM-Anlage einzuholen und parallel zu den Induktionsschleifen eine FM-Anlage anzuschaffen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass hierfür Haushaltsmittel eingestellt werden müssen. Außerdem müsste zu **jeder** Veranstaltung der Koffer bereitstehen, ohne zu wissen, ob er benötigt wird.

Nach weiterer Erörterung unterbreitet Herr Messing schließlich den Vorschlag, mit dem Kreis Coesfeld abzuklären, ob für die Zeit bis zum Jahresende eine FM-Anlage des Kreises ausgeliehen werden könne. Seines Wissens würden die FM-Anlagen dort nicht mehr so nachgefragt, weil inzwischen Induktionsschleifen installiert wurden. In dieser Zeit könnte dann auch den Einsatz der FM-Anlage getestet werden.

Dieser Vorschlag wird mehrheitlich begrüßt. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Das Ziel, baldmöglichst Induktionsschleifen in öffentlichen Veranstaltungsräumen (Ratssaal, Aula Gemeinschaftsschule, Kultursaal Lawi) zu installieren, wird weiter verfolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kreis Coesfeld nachzufragen, ob der Stadt Billerbeck bis dahin eine der beiden FM-Anlagen zur Verfügung gestellt werden kann.

Stimmabgabe: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

3. Anregung gem. § 24 GO NW vom 24.05.2016

hier: Unterstützung der Gedenkinitiative "Stolpersteine"

Herr Messing berichtet unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage, dass sich in der Anliegerversammlung zwar kein einheitliches aber doch ein mehrheitliches Meinungsbild ergeben habe. Zwei Anlieger hätten sich gegen die Verlegung der Stolpersteine ausgesprochen, der überwiegende Teil der Anlieger habe sich positiv geäußert.

Herr Dr. Sommer stellt die Wichtigkeit der Gedenkkultur im öffentlichen Raum heraus. Diese sollte nach vorne gestellt werden und nicht die Befindlichkeit von Einzelpersonen. Außerdem wünsche er sich ein starkes, möglichst einstimmiges Votum. In dieser sensiblen Sache sollte man nicht streiten oder versuchen zu spalten.

Frau Mollenhauer betont, dass gerade weil es sich um ein sensibles Thema handele, das Einverständnis der Eigentümer wichtig sei. Sie könne sich nicht damit einverstanden erklären, über die Köpfe der Eigentü-

mer hinweg, auch wenn es sich nur um zwei Anlieger handele, zu entscheiden. Sie respektiere die Wünsche der zwei Eigentümer und beantrage, die Stolpersteine nur vor den Häusern zu verlegen, deren Eigentümer auch einverstanden seien.

Herr Dieker spricht sich für die Verlegung aller Stolpersteine aus. Bei den Anliegern, die noch Bedenken geäußert haben, müsse Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das angeführte Argument, dass sich die Gebäude nicht mehr im Originalzustand befänden, ziehe nicht, weil es um die Menschen gehe und nicht um die Gebäude.

Herr Dr. Sommer hält das Argument, dass einige Gebäude optisch nicht mehr an die damalige Zeit erinnern, ebenfalls für vorgeschoben. Die geäußerten Bedenken, dass durch das Projekt die jetzigen Eigentümer in einen falschen Kontext mit der Geschichte gebracht würden, könne man ja durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit heilen.

Frau Ewelt von der Bürgerstiftung wirft ein, dass über das Projekt Stolpersteine schon lange diskutiert werde und Aufklärungsarbeit wohl nicht zum Erfolg führen werde. Sie macht deutlich, dass die Bürgerstiftung die Initiative nur unterstütze, wenn die Stolpersteine vor allen Wohnhäusern verlegt würden.

Herr Idelmann weist darauf hin, dass das Projekt Stolpersteine an alle Opfer des Nationalsozialismus erinnern solle und die Bürgerstiftung ein schulisches Projekt unterstützen werde, das sich im Rahmen von „Spuren suchen“ mit der Geschichte beschäftige. Im Übrigen sollte bedacht werden, dass es inzwischen keine Zeitzeugen mehr gebe und es jetzt tatsächlich um ein Projekt für die Opfer gehe. Die Bürgerstiftung werde das Projekt nur komplett umsetzen. Eine Rücksichtnahme auf die Eigentümer wäre prekär und käme einer Verachtung der Opfer gleich.

Frau Bosse weist darauf hin, dass doch längst bekannt ist, um welche Häuser es sich handele, das sei in verschiedenen Schriften dokumentiert.

Frau Mollenhauer wirft die Frage auf, was denn dagegen spreche, die Stolpersteine nur vor den Häusern zu verlegen, deren Eigentümer hiermit einverstanden sind.

Herr Idelmann führt aus, dass die Unterredung mit den Hauseigentümern zwar sachlich aber auch nicht ganz ohne Emotionen verlaufen sei. Auch wenn es sich um ein emotionales Thema handele, werde eine politische Entscheidung benötigt. Für die Bürgerstiftung sei es unumgänglich, eine Entscheidung aus Opfersicht zu treffen. Es sei nicht im Sinne des Projektes, wenn die Stolpersteine nur vor den Häusern verlegt werden, deren Eigentümer einverstanden seien. Die Stadt sollte auch einen gewissen Widerstand in Kauf nehmen.

Herr Wirth macht deutlich, dass es hier um eine Gedenkkultur des größten Verbrechens gehe, das je in Deutschland stattgefunden habe. Er halte es für unerträglich, wenn keine Einigung erzielt werde. Die Stolpersteine sollen im öffentlichen und nicht im privaten Raum verlegt werden,

deshalb sollten einzelne Standorte nicht ausgenommen werden.

Herr Heymanns führt an, dass die Stolpersteine zwar im öffentlichen Raum verlegt würden, wenn sich aber zwei Anlieger dagegen aussprechen, müsse man das akzeptieren, weil diese sicherlich Argumente gehabt haben.

Herr Idelmann weist darauf hin, dass u. a. wirtschaftliche Nachteile genannt wurden. Es müsse eine Entscheidung für oder gegen das Projekt getroffen werden. Die Bürgerstiftung habe einstimmig beschlossen, das Projekt nur zu unterstützen, wenn die Stolpersteine vor allen angedachten Häusern verlegt werden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es in Billerbeck bereits viele Formen der Gedenkkultur gebe und mit den Stolpersteinen ein weiterer Baustein hinzu kommen solle. Jede Stadt müsse für sich entscheiden. Sicherlich könne man auch gegen die Hauseigentümer beschließen, weil die Stolpersteine im öffentlichen Raum verlegt werden. Es sei aber auch legitim, darauf zu verzichten, weil es in Billerbeck andere Formen der Gedenkkultur gebe.

Frau Bosse weist darauf hin, dass es sich um eine Art Gedenkkultur handele, die in ganz Europa anerkannt ist. Insofern hätten die Stolpersteine doch einen anderen Stellenwert.

Herr Lennertz bekräftigt, dass es sich um ein sensibles Thema handele. Er wolle nicht über die Köpfe der Eigentümer hinweg entscheiden. In Billerbeck werde in anderer Art und Weise Gedenkkultur betrieben. Die Stolpersteine sollten nur dort verlegt werden, wo die Eigentümer einverstanden sind.

Frau Beil verweist auf das Buch „Zersplitterte Sterne“, in dem die Wohnhäuser und die Namen der damals in Billerbeck lebenden jüdischen Familien aufgeführt sind. Also sei doch bekannt, wo jüdische Familien gelebt haben. Die Stolpersteine brächten das Buch zum Leben und spiegeln das im öffentlichen Leben wider.

Der Ausschuss fasst schließlich folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Anregung der Bürgerstiftung zur Verlegung der Stolpersteine wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Betreuung und Integration von Flüchtlingen

Herr Struffert berichtet unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage über die Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Billerbeck. Der Bericht wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

5. **Gründung von Städtepartnerschaften mit Erquinghem Lys (Frankreich) und Iecava (Lettland)**

Frau Dirks führt aus, dass Iecava in Lettland sehr an dem Aufbau einer Städtepartnerschaft interessiert sei, weil daran auch eine Förderung durch EU-Mittel bestimmter Projekte geknüpft sei. Bereits im Sommer werden Vertreter des Blasorchesters sowie Mitglieder der Feuerwehr an einem Fest in Iecava teilnehmen.

In der einsetzenden Erörterung wird die Gründung der Städtepartnerschaften positiv gesehen.

Herr Dieker schlägt vor, eine Partnerschaft nur mit einer Stadt einzugehen, um den Aufwand für die Verwaltung zu minimieren.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass sich der Aufwand für die Verwaltung in Grenzen halte. Hauptsächlich müssten Fördermöglichkeiten eruiert und die Gründung von Partnerschaftskomitees unterstützt werden sowie gelegentlich Empfänge anlässlich der Partnerschafts-Besuche ausgerichtet werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Mit den Städten Erquinghem-Lys in Frankreich und Iecava in Lettland wird eine Städtepartnerschaft entwickelt.

Stimmabgabe: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6. **Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2017/2018**

Herr Struffert präsentiert unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage den Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2017/18. Er teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss des Kreises Coesfeld den Kindergartenbedarfsplan inzwischen beschlossen habe, wobei sich beim Kindergarten Oberlau eine Veränderung durch eine Verschiebung bei den Gruppentypen ergeben habe. Unter dem Strich sei ein Kindergartenplatz mehr vorhanden als in der Sitzungsvorlage dargestellt.

Derzeit könnten alle angemeldeten Kinder untergebracht werden, wenn aber die Nachfrage nach Plätzen für einjährige Kinder weiter steige, dann müssten schnell zusätzliche Plätze geschaffen werden. Außerdem entstünde zusätzlicher Bedarf, weil die Überbelegungen in den Gruppen abgebaut werden sollen. Die DRK-Kindertageseinrichtung im Kreis Coesfeld GmbH habe sich grundsätzlich zur Übernahme der Trägerschaft einer neuen Gruppe bereiterklärt.

Frau Dirks erläutert zu der in der Sitzungsvorlage als Platzhalter abgebildeten „neuen Kita“, dass nach dem Kibiz immer nur eine Refinanzierung

der tatsächlich benötigten Plätze erfolge. Um im Laufe des Jahres an Mittel zu kommen, sei deshalb eine weitere Gruppe abgebildet worden. Derzeit werde davon ausgegangen, dass man zum Beginn des neuen Kindergartenjahres am 1. August 2017 gut aufgestellt sei, dass aber im Laufe des Kindergartenjahres durch Zuzüge und Geburten weitere Plätze benötigt werden. Dann werde man zunächst mit Übergangslösungen arbeiten müssen. In den nächsten Jahren werde aber eine komplett neue Kita mit mindestens 3 Gruppen gebaut werden müssen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Mitteilungen

Keine

8. Anfragen

8.1. Jobcoach für Flüchtlinge - Frau Beil

Frau Beil fragt nach, warum die Stadt Billerbeck bei dem Jobcoach Projekt für Flüchtlinge des Havixbecker Modells, das in Coesfeld bereits auf den Weg gebracht wurde und nun auch für die vier Baumberge-Kommunen aufgelegt werden soll, nicht mitmachen wolle.

Herr Struffert teilt mit, dass noch nicht genau feststehe, ob die anderen Kommunen komplett mitmachen. Inzwischen habe die Stadt Coesfeld einen Jobcoach in Vollzeit eingestellt. Allerdings seien dort die Voraussetzungen anders, weil die Wirtschaft das Projekt finanziell unterstütze. Letztendlich handele es sich bei dem Jobcoach aber um nichts anderes als um einen Fallmanager, der in Billerbeck bereits vorhanden sei. Wenn ein Jobcoach für alle vier Baumberge-Kommunen tätig sein soll, dann müsste er sich mit mindestens 4 Hilfeplanern, 4 Fallmanagern und 4 Fallbearbeitern abstimmen und das sei organisatorisch kaum möglich. Deshalb habe sich die Stadt Billerbeck gegen eine Beteiligung ausgesprochen. Inhaltlich beteilige sich die Stadt aber sehr wohl, weil die Betreuung der Flüchtlinge durch den Fallmanager gewährleistet ist. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass die Vermittlung in Arbeit eine gesetzliche Verpflichtung ist.

8.2. Betreuungszeiten in Kitas - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer fragt nach, ob es Nachfragen von Eltern gebe, die eine Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kitas wünschen. Dies könnte der Fall sein, wenn z. B. die Kindergartenkinder in die Grundschule wechseln und der Unterricht erst um 8:00 Uhr beginne.

Herr Messing teilt mit, dass die Grundschule ihre Schüler bereits ab 7:30 Uhr aufnehme und der Verein Kinder-, Jugend-, Familienhilfe e. V. die Betreuung in den Ferien sicherstellt. Eine Betreuung von 7:00 – 7:30 Uhr sei bisher noch nicht nachgefragt worden.

8.3. Seniorenratgeber - Frau Bosse

Frau Bosse erinnert an eine Mitteilung der Verwaltung in 2014, wonach an der Aktualisierung des Seniorenratgebers gearbeitet werde und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Struffert führt aus, dass eigentlich eine Neuauflage des Seniorenratgebers in Printform herausgegeben werden sollte. Nachdem sich immer wieder Veränderungen ergeben haben, wie z. B. in der Ärzteschaft oder bzgl. des Bürgerbusses, sei man zu der Erkenntnis gelangt, dass ein Seniorenratgeber in digitaler Form besser wäre, wobei ein Kurzratgeber in Printform begleitend erstellt werde. Derzeit werde überlegt, wie dies umgesetzt werden könne.

8.4. Konzert der Musikschule - Frau Bosse

Frau Bosse führt an, dass ein Konzert der Musikschule stattgefunden habe, man aber erst am selben Tag hiervon erfahren habe. Sie habe die Rückmeldung von Herrn Mertens, dass eine Einladung an die Bürgermeisterin und sie 14 Tage vorher herausgegangen wäre. Dann habe Herr Mertens wohl selber bemerkt, dass es nicht richtig gelaufen sei und habe daraufhin die Presse informiert, die dann an dem Tag des Konzertes noch einmal auf die Veranstaltung hingewiesen habe. Sie habe darum gebeten, dass dieser Missstand abgestellt wird und hoffe, dass es zukünftig besser laufe.

Sarah Bosse
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin